

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und 0.85 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Für Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Zeilenzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Restame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je laufend 15 Pf. Schluss der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67 377.

Nr. 39.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonntag, den 15. Februar 1931.

13. Jahrgang.

D, ihr Friedenskinder, laßt mich bitten,
habt einander herzlich lieb;
Dann geht's friedlich zu in unsren Hütten,
Denn die Liebe ist der Trieb.
Ja, wenn wir in unsren Gnadentagen
Eins dem andern nichts entgegentragen,
Als ein Herz von Liebe voll,
Tut ein jedes, was es soll.

Keine Zäune mehr

„Er hat aus beiden eines gemacht und hat abgebrochen den Zaun, der dazwischen war.“ Eph. 2, 14.

Von oben angesehen bietet die Menschenwelt in ihrem Verhalten zu einander einen merkwürdigen Anblick dar. In verwirrender Menge ziehen sich hohe und niedrige Zäune durch die eine Menschheit hindurch. Da sind die Zäune der verschiedenen Rassen, der Religionen und Konfessionen, die Zäune der Parteien und der verschiedenen Stände. Wer will all die vielen niedrigen Zäune, die noch dazu kommen, aufzählen? Geht es doch damit zu, wie mit jenem Spielzeug, in dem ein winziges Schächtelchen in einer Menge immer größerer Schächteln ruht. So kann der Einzelne selbst noch innerhalb seiner Familie Zäune um sich aufrichten, bis er ganz allein bleibt.

Und dabei doch eine Menschheit, alle Einzelnen wie Blätter gewachsen an einem Baum. Ja, noch eine andere Gleichheit geht durch alle, so wie sie ihrer Natur nach sind, hindurch, die Gleichheit desselben Geistes, der Selbstsucht. Aber das Furchtbare an dieser scheinbaren Gleichheit ist, daß sie zertrennt. Wenn sich aus verschiedenen Völkern oder Parteien, aus dem Stande der Herrschenden oder der Untergebenen die Angesichts einander zukehren in der gleichen Selbstsucht, in dem gleichen Haß, so sehen sich freilich ihre verzerrten Züge einander erschreckend ähnlich. Aber eben um dieser Ähnlichkeit willen zertrennen sie sich, denn niemals kann die Sünde Einheit schaffen.

Aber wie in den Tiefen der Erde dasselbe flüssige Feuer wohnt, ob man von Europa her oder von Australien zu diesem Kern vordringen wollte, so wohnt in der Tiefe des Kreuzes Christi die ewige Blut der Liebe Gottes. Im Kreuz ist der Zaun abgebrochen, der so tief wie kein anderer Menschen voneinander trennte, der Zaun zwischen Juden und Heiden. Weil sie vor dem Kreuz gleich wurden, nämlich als Sünder, darum konnte sie nun dieselbe Gnade Gottes, welche die Sünde richtet und dem Sünder vergibt, miteinander vereinen.

Und nun wissen wir den Weg, welchen Paulus (1. Kor. 12, 31) den köstlichen nennt, wie wir aus dem jammervollen Elend der Zäune hinauskommen können. Im leiblichen Leben bleiben die Besonderheiten bestehen. Sie sind ja zum großen Teil in der Schöpfungsordnung Gottes begründet, der die Menschheit nicht wie einen Haufen von Sandkörnern, sondern wie einen Leib mit verschiedenen Gliedern, verschiedenen Gaben und Aufgaben zusammengefügt hat. Nur durch die Sünde werden aus diesen Besonderheiten trennende Zäune. Wo aber die Blut der Liebe Gottes im Kreuz Christi erkannt ist, da ist in dieser Tiefe jede Trennung überwunden. Jetzt hat es der einzelne Christ im Blick auf das Kreuz Christi durchzusetzen, magst du dich von mir trennen, ich trenne mich nicht von dir, ich bleibe im Vergeben, Tragen, Lieben, wenn es not tut, bis ans Ende. Ganz ebenso, wie diese Stellung des einzelnen Christen zum Nächsten soll und darf auch die Stellung der Gemeinde zu den Menschen in anderen Kirchengemeinschaften oder in der Welt sein. Bringen wir es nicht zu dieser Liebe, welche die Zäune zerbricht, dann ist der Glaube verleugnet, wir mögen noch soviel davon rühmen. Denn die Liebe ist nichts anderes als der dem Nächsten zugewandte Glaube. Darum muß sie grenzenlos sein, denn sie schöpft aus Gottes grenzenlosem Erbarmen. Und heute kommt alles darauf an, daß die Christen beides, den Glauben und die Liebe ganz ernst nehmen; nur dann wird auch ihr Hoffen voll Zuversicht. W—m.

Was vorgeht.

In den 12 Jahren, wo der Parlamentarismus die volle Herrschaft in Deutschland ausübt, haben wir schon manches interessante Schauspiel auf der politischen Bühne erlebt. Aber das, was sich nun in den letzten Tagen zugetragen hat, war doch ein Ereignis, wie es sich vielleicht noch in keinem der modernen Staaten ereignet hat. Eine Bildaufnahme, die wohl bald nach dem Abzug der Rechtsparteien aus dem Saale des „Hohen Hauses“ gemacht worden war, gab einen Eindruck von der Situation, der auf jeden Wähler, der sich noch einige Achtung für die Einrichtung bewahrt hat, die der Reichstag für Deutschland und sein Volk sein soll, recht niederdrückend wirken mußte. Welche Folgen der Vorgang haben wird, darüber raten jetzt die Politiker und Journalisten. General Ludendorff hat in Berlin ein Flugblatt verbreitet, in dem er sagt, daß sich die Vernichtung des deutschen Volkes in diesen Vorgängen jetzt schon vorbereite. Dieser Bürgerkrieg werde aber naturgemäß auch zum Weltkrieg führen.

Solche Unkenrufe sind in den letzten Jahren schon sehr oft laut geworden. Gehört wird wenig darauf. Wenn man jetzt auf die Stimmen der sozialistischen und besonders auch der freisinnig-demokratischen Presse achtet, kann man feststellen, daß dort gerade von dieser Entwicklung der politischen Verhältnisse eine Besserung der Lage Deutschlands in der Weltpolitik erhofft wird. In diesen Monaten ist von deutschen Politikern, auch von solchen, die mit in der Regierung sind, die Behauptung aufgestellt worden, der Ausfall der Wahlen vom 14. September habe Deutschland im Auslande wieder um alles Vertrauen gebracht, das sich inzwischen durch die Politik Stresemanns gebildet habe. Das Thermometer dafür ist diesen Leuten der Kurs- und Börsenbericht. Ob sich jene Behauptung damit begründen läßt, wissen wir nicht. Jedenfalls wird der weitere Rückgang der deutschen Wirtschaft und die Zunahme der Arbeitslosigkeit auf die Rechtswahlen zurückgeführt. Das ist eine billige und greifbare Argumentation, die bei den meisten Menschen, welche persönlich mit in die Wirtschaftskatastrophe mit hineingerissen sind, die gewünschte Wirkung hat. Man soll aber nicht vergessen, daß die Wirtschaftskatastrophe in Wirklichkeit eine Folge ist der Erfüllungspolitik, die doch die ganzen Jahre hindurch aus einer Katastrophe in die andere geführt hat. Dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit kann doch nicht nachgesagt werden, daß es sich nicht immer wieder bemüht hat, auf den durch neue Abmachungen vorgezeichneten Wegen aus den vorher entstandenen Schwierigkeiten herauszukommen und neue Erfüllungsverfuche zu machen. Der Versuch, den jetzt die Regierung Brünning machen will, ist denjenigen Versuchen gleichzusetzen, die früher von seinen Vorgängern gemacht wurden. Nach der Genauer Konferenz wurden von Dr. Brüning alle Anstrengungen gemacht, die Verpflichtungen zu erfüllen. Die Sache endete mit der Ruhrbesetzung und der Inflation. Dann kam das Londoner Abkommen mit dem Dawesplan und Parker Gilbert als Reparations-Diktator. Auch das endete mit einem völligen Mißerfolg. Die Summen waren bezahlt, aber nur mit im Ausland geliehenem Gelde, dessen Zinsen den deutschen Etat noch umso mehr belasteten. Aber mit jedem neuen Versuch setzte auch eine Periode neuen Hoffens und neuer Kraftanstrengung ein, bis der Augenblick kam, wo es hieß: Es geht nicht mehr. Dr. Brüning macht jetzt seinen Versuch zu einer Zeit, wo die Rationalisierung der Wirtschaft solche Fortschritte gemacht hat und die Technik auf einer Höhe ist, daß Ware genug hergestellt werden kann, die sich in Geld umsetzen ließe. Aber dafür fehlt der Absatz auf dem Weltmarkt. Und den Absatz auf dem Innenmarkt auszudehnen ist deshalb nicht möglich, weil die gelübte Steuer- und Finanzpolitik die Kaufkraft des deutschen Volkes völlig ruiniert und dadurch auch die Gebiete der Wirtschaft, wie die Landwirtschaft und die Baumarbeit lahmgelegt und nutzlos gemacht hat. Für den Brüningschen Versuch ist durch alles das die Zeit noch ungünstiger als es die Zeiten waren, wo die früheren Reformen der Erfüllungsmethoden vorgenommen werden mußten. Es ist daher nicht recht klar, wieso Dr. Brüning seine Hoffnungen gründet auf eine günstigere Gestaltung unserer Verhältnisse, die doch nun einmal bestimmt werden durch das Versailler Diktat, das immer noch eine neue Fessel hat, wenn eine andere abgestreift zu sein scheint.

Etwa auch jetzt wieder viel gebrauchtes Wort ist das von der Sanierung der deutschen Finanzen. Erst Sanierung der deutschen Finanzen, dann Revision des Youngplans, das scheint auch das Ziel und die Hoffnung Dr. Brünings zu sein. Nun fragen wir uns, wie auf den bisher be-

schrittenen Wegen eine Sanierung der Finanzen möglich sein soll. Es mag gewiß sein, daß der Staatshaushalt durch eine zu bürokratische, zu komplizierte und umfangreiche und deshalb zu teure Verwaltung zu schwer belastet ist. Will man aber da weiter abbauen und dadurch den Staat entlasten und die Finanzen sanieren, dann müssen doch alle, die vom Staat abgebaut werden, oder denen die Unterstützungen, die sie bisher aus den Versicherungen oder aus Staats- oder Kommunalbanken erhielten, gekürzt werden, in den Produktionsprozess eingeschaltet werden können, wo sie Werte schaffen, die für die Existenz und für die Tributzahlungen gebraucht werden. Oder glaubt die Regierung, den Verarmungsprozess, der die Folge der jetzigen Finanzsanierungs-methode ist, so weit steigern zu können, daß die Reparationsgläubiger ein Einsehen gewinnen und einen Teil der Tributlasten streichen?

Wenn wir uns alle diese Dinge überlegen, sehen wir zur Zeit gar keinen Silberstreifen am politischen Horizont und es ist nicht zu verstehen, wie eine politische Richtung, die die Interessen der deutschen Arbeiterschaft zu vertreten behauptet, annehmen kann, durch die neueste Entwicklung der deutschen Politik werde im Auslande die Sympathie für Deutschland und das Vertrauen zu Deutschland so wachsen, daß für den deutschen Arbeiter etwas Vorteilhafteres dabei herauskomme. Wer das glaubt, der rechnet nicht mit den Imponderabilien, die den Lebenskampf der Menschen bestimmen und beschweren. Im Völkerleben hat sich an dem Vorgang noch nie etwas geändert, daß der Teil der Macht, der dem einen Volke, freiwillig oder erzwungen, verloren geht, vom dem Volke, das ihn übernimmt, zu seinem eigenen Vorteil ausgenutzt wird. Wir wollen hier nur noch einmal an die in London zu Ende gegangenen Konferenzen erinnern, wo es ganz deutlich wurde, daß das England der Zukunft nicht mehr das mächtige England des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts sein wird. Es ist ein Prozess, der das Schicksal der Länder und Völker ist. Und wenn Deutschland ein Staat bleiben oder werden will, der die Funktionen selbstständig ausübt, die einem Staate zustehen, dann muß eine Tat geschehen, durch die der Mißbefall beseitigt wird, der sich durch das ganze Volk, durch das Volks- und Wirtschaftsleben hindurchzieht und der es aktionsunfähig macht gegenüber den Mächten, die ihm durch die Versailler Bestimmungen die Lasten aufbürdeten, die es aus einer Katastrophe in die andere treiben. Im Auslande wird man immer wieder Gründe dafür finden, daß man Deutschland nicht helfen könne. Einmal will man mit dem sozialistischen oder bolschewistischen, das anderemal mit dem faschistischen Deutschland nichts zu tun haben. Werden aber Bolschewismus und Faschismus zur Gefahr, dann wird diese Gefahr aus der Not heraus geboren, die eine verheerende Außen- und Innenpolitik herausgeschworen hat. Möge das deutsche Volk endlich lernen, daß die Kraft, die es braucht, sich außen- und innenpolitisch wieder aufzuhelfen, in ihm selber liegt. Keine Gewalt Herrschaft im Inneren, weder die des Sozialismus noch die des Faschismus oder des Wirtschaftskapitalismus wird die Kräfte zu sammeln vermögen, die die Gewalt Herrschaft, die uns von außen bedrängt und drückt, wieder zu brechen vermag. Das kann nur eine kraftvolle, von sozialer Gerechtigkeit beherrschte Innenpolitik, die es versteht, im Volke überhaupt wieder den Sinn zu wecken auch für höhere und idealere Güter als höheren Gewinn, höchsten Gehalt und Lohn, Pension, Versicherung und Unterstützung. Ein solches Volk, als Schicksalsgemeinschaft verbunden innerhalb der Grenzen, die vorläufig nur durch Gewalt geändert werden können, wird nur allein den Aufgaben gewachsen sein, die ihm zur Erhaltung seiner Sicherheit und seiner Existenzmöglichkeit gestellt sind.

Wie sich unter den gegebenen Verhältnissen die innerpolitische Lage in Deutschland weiter entwickeln wird, wer kann das sagen. Es ist fast zu schwer, als Unbeteiligter ein Urteil über das Verhalten einzelner Parteien, die sich als das vermittelnde Element zwischen dem Radikalismus von rechts und links fühlen, abzugeben. Das Ziel des linken Radikalismus ist ja die Zerstörung des Bestehenden. Da ist eine Stellungnahme für die Mittelparteien, wenigstens in bezug auf die wirtschaftliche Seite, leicht. Die Rechte behauptet, Wege zu kennen, auf denen Rettung und Besserung zu erreichen ist. Soweit sie sich entschließt, diese Mittel und Wege zu nennen, werden dieselben von der jetzigen Staatsführung als undurchführbare Illusionen abgelehnt. Man sollte nun meinen, es müsse unter Menschen eines Stammes, die alle vorgeben, das Beste für das Volk und für den Staat zu wollen, einen Punkt auf der politischen Linie geben, in dem man sich einigen könnte. Leider herrscht in jedem Lager,

eine so starke parteipolitische Voreingenommenheit, daß schließlich auch der vernünftigste Vorschlag einer Seite von der anderen Seite nicht anerkannt wird. Und so gewinnt es den Anschein, als habe niemand die Macht, das Schicksal abzuwenden, das sich durch solche Schritte, wie sie jetzt von den Parteien getan worden sind, abzuwehren. Gewarnt muß doch werden.

Gestern abend hörte man im Rundfunk eine Rede des jetzigen Reichsinnenministers Dr. Wirth. Die demokratisch-republikanische Ueberzeugung, die Dr. Wirth immer stark zum Ausdruck bringt, kann man achten. Nur darüber muß man sich wundern, mit welchem Pathos und mit welcher Selbstgefälligkeit er von der Richtigkeit seiner politischen Wege und seiner politischen Meinung spricht. Daß Deutschland in der Situation gelandet ist, in der es sich jetzt befindet, daran müssen nach Dr. Wirths Meinung nur die Kreise schuld sein, die sich jetzt veranlaßt sahen, sich vorläufig an den Verhandlungen im Reichstag nicht zu beteiligen. Dabei hat doch die Regierungsgewalt, von kurzer Periode abgesehen, die zwölf Jahre hindurch in der Hand der Parteien gelegen, die jetzt an der Regierung sind. Dr. Wirth dürfte sich an seine Kanzlerzeit und an das Ende derselben erinnern. So sehr man sich auch bemüht, den politischen Weg des jetzigen Kanzlers zu verstehen und so ernst es auch ist, wenn unter den bestehenden Verhältnissen kaum ein anderer Weg gezeigt werden kann, so hat man aber doch das Recht und die Pflicht, darauf hinzuweisen, daß es bisher nicht gelungen ist, andere Voraussetzungen zu schaffen für die Politik als die, die durch Versailles und die nachfolgenden Verträge gegeben wurden und die zuerst und zuletzt die Ursache sind der politischen Nöte, die Deutschland erst recht zum Ausbeutungsobjekt seiner Feinde und zum Gespött der Welt machen. Rr.

Parlamentarische Mauferung!

Der Auszug der Rechtsopposition aus dem Reichstag bedeutet in der Geschichte des deutschen Reichstags ein bisher nicht dagewesenes Ereignis. Mögen auch die Mittelparteien sich über diese ungewöhnliche Situation mit einem gewissen Galgenhumor hinwegzusetzen versuchen, jedenfalls bedeutet der Auszug der Opposition eine verschärfte Kampfanlage an die Youngplanparteien und an die von diesen Parteien gestützte Minderheitsregierung.

Die Abänderungen der Geschäftsordnung sind nach der ganzen Sachlage nur als ein Schlag gegen die Opposition aufzufassen, die grundsätzlich jeder Erfüllungsregierung ablehnend gegenübersteht. Die neue Geschäftsordnung soll die reibungslose Arbeit des Reichstags und der Gesetzgebungsmaschinerie ermöglichen und damit die Arbeitsfähigkeit des Parlamentarismus garantieren. Wir erinnern uns aber nur zu gut, daß nicht die Opposition die Schuld an dem Niedergang des Parlamentarismus trägt, da insbesondere die Rechtsopposition weder früher noch jetzt imstande war, die Politik des Reichstags und der ganzen Geschäftsführung des Parlaments wesentlich zu beeinflussen. Die Opposition hat gegenüber der Mehrheit der Regierungsparteien bislang nichts ausgerichtet können. Sowohl im Reich als im Reichstag haben Zentrum und Marxismus immer den Ton angegeben. Wir haben es noch nicht vergessen, daß die Uneinigkeit der Regierungsparteien und der Ruhhandel hinter und vor den Kulissen immer wieder ein jämmerliches Schauspiel eines zerfahrenen und kläglichsten Parlamentarismus geboten haben. Der unaufhörliche Zank um die beste Futterrippe, um die Verteilung der Ministerstellen hat oft Monate lang jede praktische Arbeit des Parlaments verhindert. Nach Annahme des Youngplans aber entstand der Streit um die Verteilung der Lasten aus dem Young-

plan. Niemand wollte die Zeche bezahlen und als nun Brüning energisch durchgriff und schließlich durch Notverordnungen — gegen den Widerstand aus den eigenen Reihen — die Tributzahlungen in Fluß hielt, da entstand auch viel Unruhe und Geschrei unter den Youngplanparteien. Der Widerstand, der aus diesen Reihen herauskam, hat es erst möglich gemacht, daß die Regierung eine parlamentarische Niederlage erlitt und der Reichspräsident dann die Auflösung des Reichstags verfügte. Energisch hat der Reichskanzler Brüning dann durch den Erlass weiterer Notverordnungen die Sanierung der Finanzen versucht und der Reichstag hatte die Ehre, diese Notverordnungen nachträglich zu billigen. Inzwischen hat auch Brüning eingesehen, daß diese Art des Regierens alles andere, nur nicht demokratisch ist, und er sieht auch ein, daß es klüger ist, wenigstens den Schein der Demokratie zu wahren. Inzwischen haben auch die Regierungsparteien sich davon überzeugen lassen, daß etwas zur Rettung des heutigen Systems und der Demokratie geschehen muß. Man fügt sich heute in die verhängte Diktatur der Regierung Brüning, da man erkannt hat, daß auf diesem Wege noch am ersten die Möglichkeit besteht, die ins Wanken geratene Machtstellung der Weimarer Koalition erfolgreich zu verteidigen. Der 14. September hat überdies wie ein kalter Wasserstrahl auf die Sozialdemokratie gewirkt. Sie will beileibe nichts mehr von Neuwahlen hören und lieber feilscht sie mit dem Zentrum herum und steckt auch hin und wieder — mit der Faust in der Tasche — einen kräftigen Schubs ein, als daß sie es auf Auflösung des Reichstags ankommen läßt. Die Sozialdemokratie weiß zu genau, daß seit dem 14. September sich die Reihen sehr stark gelichtet haben (Treviranus hat in diesen Tagen von Festigung der Sozialdemokratie gesprochen. Die Schriftstg.).

Also Herr Brüning will die so in Mißkredit gekommene Demokratie retten und sie in allen Ehren wieder in ihre Rechte einsetzen. Der Reichstag ist gnädigst zur Beratung des Etats für 1931/32 zugelassen, denn Herr Brüning weiß, daß der Reichstag etwas gelernt hat, und das ist zweifellos das Verdienst der tatkräftigen Politik des Reichskanzlers. Herr Brüning kann sich heute auf seine Front, die sich von Herrn Breitscheid über Herrn Dingeldey bis zu den Herren Lambach und Simpfendorfer erstreckt, ziemlich verlassen. Nur Herr Dingeldey wollte noch einmal aus der Reihe tanzen und hat eine schwere Attacke gewagt. Brüning aber blieb Sieger und Herr Dingeldey schloß schleunigst Waffenstillstand.

Die Volkspartei aber hat wieder ein weiteres Minus an Prestige zu verbuchen, da dieser gewohnheitsmäßige Unfall wieder die alte Bankrotttheorie der volksparteilichen Politik klar herausstellt. Wenn schon die Möglichkeiten zu weiteren Einsparungen für den Fall eines weiteren Defizits zugegeben werden, so hätte hier Dingeldey nicht locker lassen dürfen und seinen Standpunkt durchsetzen müssen. Die Einsparung von weiteren 300 Millionen Mark wäre recht wohl am Platze gewesen, da es immer noch genug Löcher gibt, die gestopft werden wollen. Die Opposition aber wird künftig mit Recht darauf hinweisen, daß man bei halben Maßnahmen stehen geblieben ist, und daß deshalb eine fühlbare Erleichterung unserer so arg bedrängten Wirtschaftslage nicht eintreten kann.

Seit wir nun den 14. September erlebt haben, ist eine starke Rechtsopposition in den Reichstag eingezogen. Brüning, der sich dessen sicher ist, daß die Brüningfront gesägt ist und keine Schwierigkeiten machen wird, sieht, daß von der Rechtsopposition ihm mancherlei Schwierigkeiten bereitet werden können. Kein Wunder, daß man auf einmal die Entdeckung macht, daß die Geschäftsordnung des Reichstages sehr unzulänglich ist. Nachdem man 10 Jahre lang mit dieser Geschäftsordnung ausgekommen ist, will es jetzt nicht mehr gehen. Man wird

seinen natürlichen Anlagen höher oder tiefer als ein anderes. Die bestimmte sittliche Stellung eines Volkes im Gange der Menschheit kommt aus ganz anderen Sphären als den natürlichen Anlagen. Nach einem Seitenblick auf die Anschauung, daß schon aus der Tatsache des Menschentums eines Volkes bestimmte moralische Impulse hervorgehen könnten, zeigt Professor Sellpach dann den Einfluß der Religion als der höchsten Sphäre des moralischen Lebens. Die Religion müsse die höchste Stelle beanspruchen, denn sobald sie sich darauf einleise, wirtschaftliche, juristische, politische Eigenschaften anzuerkennen, gebe sie sich im Kern selber auf.

In bezug auf das Verhältnis der Religion zur Welt nun habe es zwei Möglichkeiten gegeben, nach welchen sich das religiöse Leben entwickeln könne. Einmal in der völligen Abkehr von der Welt und der völligen Hingabe an das Uebernatürliche, dies die mönchische Auffassung der Religion. Zweitens in der kirchlichen Form, welche sich der Welt (hier ist das Wort nicht im innerlichen Sinne gemeint) zu wende. Beide Formen könnten entarten. Die mönchische auf die Welt losgelassen bedeute die pfäffliche Form. Die Kirche, die sich von der Welt zurückzog oder nur für eine bestimmte soziale Schicht da sein wolle, würde zur Kaste. Hier liege nun die dauernde, niemals rastende Aufgabe der Kirche, aus ihrem religiösen Fonds die sittlichen Maßstäbe für das gesamte Leben des Volkes auf allen Gebieten zu normen und ununterbrochen zu kontrollieren. Eine Aufgabe von ungeheurer Schwierigkeit. Aber auch die größte Schwierigkeit bedeutet niemals Verzicht auf die Aufgabe. Das sei auch schon früher erkannt. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung z. B. hänge mit der Reformation, insbesondere mit der Calvinischen Lehre zusammen.

Da, wo man gegen den Einfluß der Religion opponiert bekommt eine Bewegung in sich selbst einen religiösen Charakter. Der Vortragende wendet diesen Gedanken nicht auf den Kommunismus, für den er doch ohne

den Verdacht nicht los, daß man mit der Aenderung einer gewiß durch und durch reformbedürftigen Geschäftsordnung den Versuch einer gewissen Ehrenrettung für den hinfälligen Parlamentarismus machen will. Den Regierungsparteien bietet sich jetzt eine wunderschöne Gelegenheit, die Hände in Unschuld zu waschen. „Wir haben doch den Parlamentarismus nie blamiert. Seht doch, wer gegen die vernünftigen Aenderungen der Geschäftsordnung anläuft und es muß Euch doch klar werden, daß nicht wir, sondern diese Leute von Rechts das Ansehen der Demokratie untergraben haben.“

Die politischen Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit nehmen vielfach Formen an, die die Grenzen des politischen Anstandes gewiß überschreiten, und gegen die häßlichen Verleumdungen in Wort und Schrift wird mit Recht eingeschritten. Die Aufhebung der Immunitätsbestimmungen ist aber dennoch sehr schwerwiegend und um der Gerechtigkeit willen muß man doch Bedenken vorbringen. Solange die Sozialdemokraten und ihre Verbündeten durch Verhöhnung, durch Verdrehungskünste erfolgreich die Massen bei der Stange halten konnten, war ihnen der Schutz der Immunität sehr erwünscht. Jetzt aber, wo der Kampf von einer anderen Seite ausgeht, greift man zu den schärfsten Gegenmitteln. Es besteht die Gefahr, daß man schließlich auch die unbequemen Wahrheiten unterdrücken wird. Man kann sich deshalb der Auffassung der Opposition nicht verschließen, daß einige der durch einfache Mehrheit gefällten Entschlüsse verfassungsändernden Charakter tragen.

Herr Brüning aber ist Herr der Lage. Er weiß genau, was man tun muß, um das den Regierungsparteien verlorengegangene Vertrauen wieder aufzurichten zu lassen. Er weiß, daß es nützlich ist, einzugehen, daß man 12 Jahre lang eine vollkommen verfehlte Politik getrieben hat. Das hört man in den Kreisen gern, die so langsam von Rechts nach der Mitte hingerutscht sind. Darum sagt man uns auch: „Selbsterkenntnis ist der erste Schritt zur Besserung. Herr Brüning hat — unter uns gesagt — den aufrichtigen Willen, sich vom Marxismus zu lösen. Gutes Ding will aber gute Weile haben und daß die Loslösung nicht so schnell zu bewerkstelligen ist, das hat seine guten Gründe. Es ist besser, man spricht im Interesse der Sache nicht davon.“ — Wir müssen gestehen: der Herr Brüning versteht seine Sache, und es ist kein Wunder, daß so mancher in seinem Netz zappelt, der eigentlich nicht so recht hineingewollt hat.

Man kann es der Rechtsopposition nicht verdenken, daß sie nun erst recht nach dem beachtenswerten Ausspruch des Reichskanzlers über die bisherige verfehlte Politik nachdrücklich darauf besteht, daß die Parteien, die für die Fehler der Vergangenheit verantwortlich zu machen sind, das Regiment aus der Hand geben und den Parteien die Führung überlassen, die diesen Parteien, nicht erst wie Brüning in den letzten Wochen, sondern seit 12 Jahren immer wieder gesagt haben: „Eure Politik ist eine Politik der Fehler.“

Man hat aber die Rechtsopposition von der Regierung ausgeschlossen. Das Kabinett Brüning hätte nach den Neuwahlen zurücktreten müssen und da die Sozialdemokraten keine Mehrheit für die Regierungsbildung aufbringen konnten, hätte man den äußersten rechten Flügel mit der Regierungsbildung beauftragen müssen. Das hat man nicht getan und darüber hinaus versucht man nun, die Opposition völlig lahmzulegen. Herr Brüning hat einen parlamentarischen Sieg erfochten. Was will das heißen? Für ihn gilt es, jetzt den Nachweis zu erbringen, daß er auch mit der Erfüllung des Youngplans sowohl die Wirtschaftsnot als auch die große Arbeitslosigkeit zu beheben vermag. Die Zeit der Krise kommt im Sommer, wenn die städtischen Kassen geleert sind und der Wohlfahrtsrat den Städten über den Kopf gewach-

weites zutrifft, sondern nur auf die nationalstische Bewegung an. Die drei wichtigsten Ideale, auf welche sich die nationalstische Bewegung — wo sie auch immer in der Völkermwelt auftritt — gründet, nämlich Rasse, Sprache, Heimat, haben an sich nichts mit der Religion zu tun. Aber gerade darum werden sie mit einer Art religiösen Enthusiasmus bekleidet (die panslawistische Bewegung z. B. war von dem Glauben getragen, daß das Slaventum die Welt vor der verfaulenden Kultur des Westens retten müsse).

Noch einmal unterstreicht der Vortragende mit großer Schärfe, daß es vor der Religion keine Lebenssphäre gebe, die eine Eigengesetzlichkeit beanspruchen dürfe. Sobald die Religion sich zurückziehen will auf die menschliche Seele an sich, so habe sie den Schritt in den luftleeren Raum getan. Der Mensch ist in jedem Augenblick in das wirtschaftliche und kulturelle Leben seines Volkes hineinverflochten. Bei Fragen scheint ganz indifferenter Art wie bei der Stellung zur Maschine, der Art, wie die Landwirtschaft getrieben werde, ja, selbst bei Ernährungsfragen tauche die moralische Frage auf. Sellpach betrachtet das Christentum, wenigstens in diesem Vortrag, nur nach seiner moralischen Zielsetzung, durch welche Eigenschaften wie der Haß, die Ueberheblichkeit (das Nichten), die Habgier leidenschaftlich bekämpft werden.

Von all den Fragen, die hier nun zu beantworten wären, greift er die Frage der Stellung zum Kriege mit offenkundig gewollter Einseitigkeit heraus. Mit lebhafter Zustimmung zitiert er das Wort des Generalsuperintendenten Dibelius: „Wir sagen es ohne Wenn und Aber, ohne Einschränkung, Krieg soll nicht sein“, und das andere des selben Mannes: „Wir werden bei einem zukünftigen Kriege Dienstverweigerer aus religiösen Gründen haben. Ueber diese habe die Kirche schützend ihre Hände zu halten.“ Ohne ausdrücklich zum Pazifismus aufzufordern, macht Sellpach die Stellung zum Kriege zu einer Entscheidung, die vom christlichen Gewissen her immer neu getroffen werden müsse. Auf keinen Fall dürfe ein

fen ist. Die Regierung tut, nüt außerdem nach Hause zu den, als sich lassen.

Rabin
Vor der Vera

Das Reich
abend erneut
mit dem Ges
zu Vorber
Dr. Brüning
hungen. Er
den Dr. B
ther-Absch
mehrere Fra
spielte bei
Garantieverb

C
A

Wie wir
die am Dom
len des Reich
kanzlers Dr.
präsidenten
auch über de
geheß, da
eine Einigung

Danach
eingeführt. N
hen die Lan
unterrichtete
verbände wa
da die Vert
verbände all
Die Ges
Freitag an

Gemein
Die Weiterbe

In der
des Preuss
des neuen
nen sollte,
über den Ge
bestehe, daß
die einzelnen
schlechte bei
nung verfall
belle zu dem
schränken.

Die Deu
tei unterst
Severing um
ersuchte, st
Zentrumsant
Die von
belle, die be
wesentlichen
Stadtgemein
beihen soll.

Der
herr von Ein
Direktor der
worden.

Christi wünsch
es für unmög
Zum Schl
ander, d. h.,
Prinzip, d
ständigkeit a
Machiavellis
als daß es a
Eigengef
Wüge und alle
seim Prinzip
können neben
sehtlichkeit für
Mensch sein.
dann als eine
meint — ber
Sellpach schli
scharf zugespi
genommen) g
nationalstaatl
Antichrist.
als Christen
Christentum d
ches Handeln
Zweig ließ er

Der
Erst
Wie
Wen

Daß von
mal so kraf
stab für all
gehoben wu
nach neben d
die Kraft sein
ches in seinen
uns Fragen
mit dem Kopf
denken, sind

nderung einer
Geschäftsord-
nung für den
Den Regie-
rungen Gelegen-
heit haben doch
doch, wer ge-
schäftsordnung
den, daß nicht
Ansehen der
der Deffent-
e Grenzen des
en, und gegen
Schrift wird
der Immuni-
schwerwiegend
n doch Beden-
raten und ihre
rehungsmittel
alten konnten,
schr erwünscht.
en Seite aus-
mitteln. Es be-
die unbeque-
kann sich des-
t verschließen,
gefaßten Ent-
Er weiß ge-
erungsparteien
stehen zu las-
ehen, daß man
e Politik ge-
n gern, die so
gerührt sind.
is ist der erste
— unter uns
n Marxismus
ile haben und
erstelligen ist,
r, man spricht
— Wir müssen
Sach, und es
n Neg zappelt,
at.
t werdenken,
swerten Aus-
erige verfehle
die Parteien,
antwortlich zu
geben und den
esen Parteien,
ochen, sondern
„Eure Politik
der Regierung
ätte nach den
e Sozialdemo-
iebildung auf-
rechten Flügel
müssen. Das
verfucht man
Herr Brüning
n. Was will
achweis zu er-
es Youngplans
große Arbeits-
Krise kommt
eleert sind und
Kopf gewach-
tionalisti-
n Ideale, auf
— wo sie auch
indet, nämlich
ichts mit der
n sie mit einer
le panlawisti-
getragen, daß
en Kultur des
de mit großer
Lebensphäre
en dürfe. So-
uf die Men-
Schritt in den
jedem Augen-
Leben seines
nbar ganz im-
e, ja, selbst bei
age auf. Hell-
ens in diesem
n Zielsetzung,
die Ueberheb-
nischafflich be-
antworten mö-
Kriege mit of-
lebhafter Zu-
superintenden-
nd Aber, ohne
as andere des-
n zukünftigen
ründen haben.
Hände zu hal-
aufzufordern,
einer Entschel-
n hier immer
k dürfte ein

sen ist. Die Rechtsopposition will mit dem, was die Regierung tut, nichts mehr zu tun haben. Die Regierung tut außerdem doch was sie will und besser ist es, freiwillig nach Hause zu gehen und seine Zeit nützlicher zu verwenden, als sich von Herrn Brüning in die Ferien schicken zu lassen.

Rabiettsrat über Osthilfe.

Vor der Verabschiedung des Entwurfs. — Unterredung Brüning mit Braun.

— Berlin, 14. Februar.

Das Reichskabinett wird sich am heutigen Sonntagabend erneut, und wie man annimmt abschließend, mit dem Gesetzentwurf über die Osthilfe beschäftigen. In Vorbereitung dieser Sitzung hatte Reichskanzler Dr. Brüning am Freitag eine Anzahl von Besprechungen. Er empfing den preußischen Ministerpräsidenten Dr. Braun und den Finanzminister Dr. Höpfer-Schöff. Ferner hatte der Kanzler mit Vertretern mehrerer Fraktionen Unterredungen. Wie man hört, spielte bei diesen Besprechungen auch die Frage der Garantieverbände eine Rolle.

Einigung über Osthilfe.

Zwischen Reich und Preußen.

— Berlin, 14. Februar.

Wie wir erfahren, ist es bei den Verhandlungen, die am Donnerstag zwischen den zuständigen Stellen des Reichs und Preußens im Beisein des Reichskanzlers Dr. Brüning und des preußischen Ministerpräsidenten Braun stattgefunden haben, gelungen, auch über den letzten strittigen Punkt des Osthilfegesetzes, die Frage der Haftpflichtverbände, eine Einigung herbeizuführen.

Danach werden die Haftpflichtverbände fakultativ eingeführt. Ueber die Bildung der Verbände beschließen die Landwirtschaftskammern. Nach Auffassung unterrichteter Kreise bedeutet das, daß die Haftpflichtverbände wahrscheinlich überall eingeführt werden, da die Vertreter der Landwirtschaft die Haftpflichtverbände allgemein gefordert haben.

Die Gesetzentwürfe über die Osthilfe werden am Freitag an das Reichskabinett kommen.

Gemeindeausschuß aufgeflogen.

Die Weiterberatung des Selbstverwaltungsgesetzes für Berlin eingestellt.

In der neuen Sitzung des Gemeindeausschusses des Preussischen Landtags, in der die Einzelberatung des neuen Berliner Selbstverwaltungsgesetzes beginnen sollte, beantragte das Zentrum, die Beratung über den Gesetzentwurf abzubrechen, da die Gefahr bestehe, daß nach wochenlangen Verhandlungen über die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs das Gesetz schließlich bei der Schlußabstimmung doch der Ablehnung verfallt. Deshalb solle man sich auf eine Novelle zu dem bisherigen Gesetz vom Jahre 1920 beschränken.

Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei unterstützten den Antrag. Obwohl Innenminister Severing um die Weiterberatung des Gesetzentwurfs ersuchte, stimmte der Ausschuß in der Abstimmung dem Zentrumsantrag zu.

Die von der Zentrumsfraktion beantragte Novelle, die bereits im Wortlaut vorliegt, bedeutet im wesentlichen eine Verstärkung der Zuständigkeiten des Stadtgemeinde-Ausschusses, der künftig Hauptausschuß heißen soll.

Der vorkonservative Reichstagsabgeordnete Freiherr von Vincke-Wildau ist dem Vernehmen nach zum Direktor der Preussischen Domänenpächterbank ernannt worden.

Christ wünschten, den Krieg herbeizuführen, selbst wenn er es für unmöglich halte, ihm auszuweichen.

Zum Schluß setzte er sich mit Machiavelli auseinander, d. h., nicht mit seiner Person, sondern mit dem Prinzip, das noch heute mit der gleichen Selbstverständlichkeit als allein berechtigt behauptet wird, wie zu Machiavellis Zeit. Dies Prinzip besagt nichts anderes, als daß es auf dem Gebiete des politischen Lebens eine Eigengesetzlichkeit gebe, nach welcher Mord, Lüge und alles Böse erlaubt sei. Das Furchtbare an diesem Prinzip ist dies, daß Machiavelli behauptet, man könne neben der Betonung dieser abscheulichen Eigengesetzlichkeit für sich selbst ein höchst moralischer, christlicher Mensch sein. Diese persönliche Stellung empfindet man dann als eine Art Sicherung gegenüber der — wie man meint — berechtigten Immoralität im öffentlichen Leben. Hellpach schließt diese Erörterung durch den mit Recht scharf zugefügten Satz: „Mit Machiavelli (als Unbegreiflicher) gibt es keinen christlichen Pakt: er ist auf nationalstaatlichem Boden der eigentliche immerwährende Antichrist.“ Damit ist zugleich gesagt, daß wir gerade als Christen politisch sein müssen, und ebenso, daß das Christentum der höchste Maßstab auch für unser politisches Handeln bleibt. In einem feinen Wort von Arnold Zweig ließ er seinen Vortrag ausklingen:

„Der Mann empfängt sein letztes Leben
Erst dort, wo er mit seinem Volke fühlt;
Wie eine Frau erst dann,
Wenn sie mit ihrem Kinde fühlt...“

Daß von einem Manne des öffentlichen Lebens einmal so kraftvoll das Christentum als der höchste Maßstab für all unser Denken, Fühlen und Wollen hervorgehoben wurde, hat gewiß viele erfreut. Wie weit Hellpach neben der moralischen Zielsetzung des Christentums die Kraft seiner Heilsbedeutung sieht, bleibt, wie manches in seinem Vortrag, eine Frage. Aber auch dem, der uns Fragen gibt, die uns munter machen, sie nicht nur mit dem Kopf, sondern mit Herz und Gewissen durchzu-denken, sind wir Dank schuldig.

Reichswehr und NSDAP.

Dementi des Reichswehrministeriums. — Der Brief an Hitler. — Keine Beziehungen zwischen Heer und Nationalsozialisten.

— Berlin, 14. Februar.

Ein Berliner Mittagsblatt erklärte in einer Meldung über die Hausdurchsuchungen bei Berliner Nationalsozialisten, im Verlaufe dieser Hausdurchsuchungen sei auch Material beschlagnahmt worden, aus dem sich die Existenz einer Verbindung zwischen dem Reichswehrministerium und der Nationalsozialistischen Partei ergeben habe.

Wie dazu vom Reichswehrministerium mitgeteilt wird, ist diese Behauptung unrichtig. Zutreffend sei lediglich, daß bei den Hausdurchsuchungen ein vom November 1930 datierter Brief des im Reichswehrministerium seit 1927 als wissenschaftlichen Mitarbeiters beschäftigten Korvettenkapitäns a. D. Veeltig gefunden worden ist, in dem Kapitän Veeltig unter Hinweis darauf, daß er seit 1928 nationalsozialistisch gewählt habe, um eine Anstellung in der nationalsozialistischen Organisation gebeten habe. Kapitän Veeltig habe aber ausdrücklich betont, daß er bisher nicht der Partei angehört habe und seinen Eintritt auch erst nach dem Ausscheiden aus dem Reichswehrministerium — Korvettenkapitän Veeltig hatte im Zusammenhang mit den Abbaumassnahmen zum 1. April 1931 seine Kündigung erhalten — vollziehen könne.

Nach Ansicht des Reichswehrministeriums kann dem Korvettenkapitän somit ein Vorwurf nicht gemacht werden, insbesondere liege nicht der geringste Anlaß dafür vor, daß Veeltig den Nationalsozialisten etwa von Geheimbefehlen Mitteilung gemacht habe. Der Brief soll von Hitler unter Ablehnung einer Einstellung dem Hauptmann Stennes zur weiteren Veranlassung zugesandt worden sein.

Vom Berliner Polizeipräsidium wird die Darstellung des Reichswehrministeriums bestätigt und hinzugefügt, daß bei den polizeilichen Erhebungen vorzufindende Material gebe keinen Anhalt dafür, daß in irgendeinem der Ministerien Vertrauensleute der Nationalsozialistischen Partei säßen, die mit der Partei zusammenarbeiteten.

Wirtschaftspolitische Debatte.

Fortgang der Staatsberatung im Reichstag.

— Berlin, den 13. Februar 1931.

Der Reichstag setzte am Freitag, nachdem er zuvor die neu eingegangenen Anträge auf Straßerfolgung von Abgeordneten dem Geschäftsausschuß überwiesen hatte, die Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums fort.

Hg. Albrecht-Hannover (D. W.) stimmte dem Etat zu mit der Begründung, der Haushaltsentwurf trage dem Grundgedanken der Sparpolitik Rechnung. Die ungeheure Arbeitslosigkeit sei das soziale und wirtschaftliche Problem der Gegenwart schlechthin. Politische Gründe trügen wesentlich zur Wirtschaftskrise bei. Es müsse zu einer Erschütterung des Marktes führen, wenn die zweitgrößte und die drittgrößte Partei des Reichstags offen den Umsturz der gegenwärtigen Wirtschaftsform fordern. Für die Landwirtschaft habe kein Volk so viel geopfert, wie das deutsche, und seine Regierung so viel getan, wie die jetzige. Mit der offiziellen Preissteigerung müsse Schluß gemacht werden.

Hg. Frhr. v. Thüning (Landvolk) betonte, angesichts der Preissteigerung zwischen Agrar- und Industrieerzeugnissen dürfe die Preissteigerung nicht auf die landwirtschaftlichen Produkte ausgedehnt werden. In den Dörfern und kleinen Landstädten sollten Ausnahmen vom Sonntagsladenschluß zugelassen werden. Das Interesse für die Landwirtschaft, so äußerte der Redner noch, habe in allen Kreisen Deutschlands stärker zugenommen als das Verständnis für die Landwirtschaft. Die Millionen-Subventionen hätten zwar erreicht, daß es der Landwirtschaft nicht noch schlechter gehe, aber sie hätten nicht erreicht, daß es ihr besser gehe. Die Modernisierung der Landwirtschaft sei nur ein Symptom für ihren Todeskampf.

Hg. Mumm (Christl.-Soz. Volksd.) begründete einen Gesetzentwurf, der im Interesse des Siegerländer Erzbergbaues eine Hinzunahme deutschen Erz bei der Stahl- und Eisenerzeugung verlangt.

Hg. Baur (Landvolk) fordert eine tatkräftige Unterstützung des Flachsbau und der Flachswirtschaft.

Hg. Henk (Staatspt.) wendet sich gegen das Vorgehen der Reichsbahn, die der Expeditionsfirma Schenker ein Monopol zum Schaden des freien Gewerbes verschafft hat. Damit war die Aussprache beendet.

Der Etat des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsausschusses wird in zweiter Beratung bewilligt.

Angenommen wird der Antrag Haack (Bayer. Wp.) auf gleichmäßige Verteilung der Reichsaufträge auf alle Länder. Zur Frage der

Verhängung der Kartellverordnung wird unter Ablehnung der übrigen Anträge die vom Hg. Haack begründete Entschließung des Christlichsozialen Volksdienstes angenommen. Der Antrag Mumm auf Eratzung geht an den Ausschuß.

Richtig zubereitet (drei Minuten gekocht) schmeckt der Kathreiner „soo gut, als ob er wunderwie teuer wäre!“ Und dabei kostet das Pfundpaket nur 50 Pfg!

Reichsanstalt gegen Subvention.

Ein Beschluß des Vorstandes der Arbeitslosenversicherung.

Der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat sich aus Anlaß konkreter, ihm zur Entscheidung vorgelegter Anträge erneut mit der Frage der finanziellen Unterstützung privater Unternehmungen aus Mitteln der Reichsanstalt beschäftigt.

Hierbei ist der Vorstand zu einer einstimmigen Ablehnung aller Forderungen und Pläne gekommen, die eine direkte oder indirekte Unterstützung privater Betriebe aus Mitteln der Reichsanstalt zum Ziele haben.

Die Durchführung solcher Pläne würde — insbesondere unter der überaus angespannten Finanzlage der Reichsanstalt die Grenzen der finanziellen Leistungsfähigkeit der Reichsanstalt bei weitem übersteigen, vor allem aber einen grundsätzlich höchst bedenklichen Eingriff in die wirtschaftliche Konkurrenzgrundlage bedeuten. Der Vorstand wird sich daher im Rahmen der ihm obliegenden Verantwortung für die Mittel der Reichsanstalt auch in Zukunft gegenüber derartigen Anträgen ablehnend verhalten müssen.

50 000 Umschulungsanträge.

Nach einer Mitteilung, die Reichsminister Treubner aus dem Hauptausschuß des Reichstags machte, sind in den fünf Oststellen bisher 50 000 Umschulungsanträge eingegangen. Von diesen Anträgen sind bisher mit eingehendem Material belegt und durchgeprüft etwa je 600 in Königsberg und Berlin, 361 in Schneidemühl, 766 in Breslau und 226 in Oppeln. Zur beschleunigten Bearbeitung ist den Landräten die Entscheidung über Umschulungsanträge für Kleinbetriebe bis zu einem Mindestbetrag von 5000 Mark Umschulungsdarlehen übertragen worden. Zur Durchführung des gegenwärtig der Reichsregierung zur Beschlußfassung vorliegenden neuen Osthilfegesetzes werden nicht ein Pfennig mehr angefordert werden, als gegenwärtig im Etat steht.

Gegen 9 Uhr vertagt sich das Haus auf Sonnabend 10 Uhr. Auf der Tagesordnung steht u. a. die zweite Beratung des Justizetats in Verbindung mit der dritten Beratung der vom Hg. Dr. Bell (Ztr.) und den Mehrheitsparteien eingebrachten Novelle zum Preßgesetz.

Das gärende Indien.

Neue blutige Zusammenstöße.

— Berlin, 14. Februar. Infolge der Ermordung eines Verkäufers ausländischer Stoffe kam es, nach einer Meldung Berliner Blätter aus Benares, zu Krawallen zwischen Mohammedanern und Hindus, bei denen zwei Personen getötet und etwa 80 verletzt wurden. In Jambur wurden Steuerbeamte von etwa 40 Anhängern der Steuerverweigerungskampagne überfallen. Ein Beamter wurde getötet, zwei wurden schwer verletzt.

Schweres Erdbeben in Las Palmas.

in Las Palmas.

— Madrid, 13. Februar. In Las Palmas, der Hauptstadt der Kanarischen Inseln, wurden durch einen Erdbeben drei Häuser und mehrere Hütten verschüttet. Bisher konnten drei Tote und sechs Schwerverletzte geborgen werden. Weitere Opfer dürften noch unter den Trümmern liegen.

Legte Meldungen.

Annahme des Schiedsspruches im oberösterreichischen Erzbergbau.

— Gleiwitz, 14. Februar. Arbeitgeberverband und Arbeitgeberorganisationen haben den Lohnschiedsspruch im oberösterreichischen Erzbergbau, Ermäßigung der Löhne um 5 Prozent, angenommen. Der Arbeitskampf ist damit beendet. Die Wiederaufnahme der Arbeit dürfte Anfang nächster Woche erfolgen.

Ergebnisse Verhandlungen in Duisburg.

— Duisburg-Hamborn, 14. Februar. Im Direktionsgebäude der Vereinigten Stahlwerke zu Duisburg-Meiderich fanden Besprechungen über die Stilllegung der Hütte Ruhrort-Meiderich statt. Die Verhandlungen mußten ergebnislos abgebrochen werden. Die Stilllegung des Werkes erfolgt wahrscheinlich schon am 21. Februar.

Wieder Arbeitsfriede in der englischen Textilindustrie.

— London, 14. Februar. Die in Manchester abgehaltene Konferenz hat die Beendigung der Aussperrung in der Textilindustrie von Lancashire beschloffen, so daß 300 000 Weber am Montag die Arbeit wieder aufnehmen werden. Die Kündigungen wurden zurückgenommen.

Bethel.

— Frauenhilfe: Mittwoch, den 18. Februar, 3½ Uhr nachmittags im Jungfrauenaal des Altpflegerhauses.

J. B. C. Brandt.

— Taschennmesser mit Leder-Etui von einem Kranken verloren. Da Andenken, bitte abzugeben im Dankort.

Schriftleitung: B. Kraus, Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. F. Guttel, Anzeigen: R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schlegelstr. 28. Für Geldsendungen Postfachkonto: Hannover 67377. „Aufwärts“, Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

eine so starke parteipolitische Voreingenommenheit, daß schließlich auch der vernünftigste Vorschlag einer Seite von der anderen Seite nicht anerkannt wird. Und so gewinnt es den Anschein, als habe niemand die Macht, das Schicksal abzuwenden, das sich durch solche Schritte, wie sie jetzt von den Parteien getan worden sind, anbahnt. Gewarnt muß doch werden.

Gestern abend hörte man im Rundfunk eine Rede des jetzigen Reichsinnenministers Dr. Wirth. Die demokratisch-republikanische Ueberzeugung, die Dr. Wirth immer stark zum Ausdruck bringt, kann man achten. Nur darüber muß man sich wundern, mit welchem Pathos und mit welcher Selbstgefälligkeit er von der Richtigkeit seiner politischen Wege und seiner politischen Meinung spricht. Daß Deutschland in der Situation gelandet ist, in der es sich jetzt befindet, daran müssen nach Dr. Wirths Meinung nur die Kreise schuld sein, die sich jetzt veranlaßt sahen, sich vorläufig an den Verhandlungen im Reichstag nicht zu beteiligen. Dabei hat doch die Regierungsgewalt, von kurzer Periode abgesehen, die zwölf Jahre hindurch in der Hand der Parteien gelegen, die jetzt an der Regierung sind. Dr. Wirth dürfte sich an seine Kanzlerzeit und an das Ende derselben erinnern. So sehr man sich auch bemüht, den politischen Weg des jetzigen Kanzlers zu verstehen und so ernst es auch ist, wenn unter den bestehenden Verhältnissen kaum ein anderer Weg gezeigt werden kann, so hat man aber doch das Recht und die Pflicht, darauf hinzuweisen, daß es bisher nicht gelungen ist, andere Voraussetzungen zu schaffen für die Politik als die, die durch Versailles und die nachfolgenden Verträge gegeben wurden und die zuerst und zuletzt die Ursache sind der politischen Nöte, die Deutschland erst recht zum Ausbeutungsobjekt seiner Feinde und zum Gespött der Welt machen. Rr.

Parlamentarische Mauferung!

Der Auszug der Rechtsopposition aus dem Reichstag bedeutet in der Geschichte des deutschen Reichstags ein bisher nicht dagewesenes Ereignis. Mögen auch die Mittelparteien sich über diese ungewöhnliche Situation mit einem gewissen Galgenhumor hinwegsetzen versuchen, jedenfalls bedeutet der Auszug der Opposition eine verschärfte Kampfanlage an die Youngplanparteien und an die von diesen Parteien gestützte Minderheitsregierung.

Die Abänderungen der Geschäftsordnung sind nach der ganzen Sachlage nur als ein Schlag gegen die Opposition aufzufassen, die grundsätzlich jeder Erfüllungsregierung ablehnend gegenübersteht. Die neue Geschäftsordnung soll die reibungslose Arbeit des Reichstags und der Gesetzgebungsmaschinerie ermöglichen und damit die Arbeitsfähigkeit des Parlamentarismus garantieren. Wir erinnern uns aber nur zu gut, daß nicht die Opposition die Schuld an dem Niedergang des Parlamentarismus trägt, da insbesondere die Rechtsopposition weder früher noch jetzt imstande war, die Politik des Reichstags und der ganzen Geschäftsführung des Parlaments wesentlich zu beeinflussen. Die Opposition hat gegenüber der Mehrheit der Regierungsparteien bislang nichts ausrichten können. Sowohl im Reich als im Reichstag haben Zentrum und Marxismus immer den Ton angegeben. Wir haben es noch nicht vergessen, daß die Uneinigkeit der Regierungsparteien und der Kuhhandel hinter und vor den Kulissen immer wieder ein jämmerliches Schauspiel eines zerfahrenen und kläglichen Parlamentarismus geboten haben. Der unaufhörliche Zank um die beste Futtermühle, um die Verteilung der Ministerstellen hat oft Monate lang jede praktische Arbeit des Parlaments verhindert. Nach Annahme des Youngplans aber entstand der Streit um die Verteilung der Lasten aus dem Young-

plan. Niemand wollte die Zechen bezahlen und als nun Brüning energisch durchgriff und schließlich durch Notverordnungen — gegen den Widerstand aus den eigenen Reihen — die Tributzahlungen in Fluß hielt, da entstand auch viel Unruhe und Geschrei unter den Youngplanparteien. Der Widerstand, der aus diesen Reihen herauskam, hat es erst möglich gemacht, daß die Regierung eine parlamentarische Niederlage erlitt und der Reichspräsident dann die Auflösung des Reichstags verfügte. Energisch hat der Reichskanzler Brüning dann durch den Erlass weiterer Notverordnungen die Sanierung der Finanzen versucht und der Reichstag hatte die Ehre, diese Notverordnungen nachträglich zu billigen. Inzwischen hat auch Brüning eingesehen, daß diese Art des Regierens alles andere, nur nicht demokratisch ist, und er sieht auch ein, daß es klüger ist, wenigstens den Schein der Demokratie zu wahren. Inzwischen haben auch die Regierungsparteien sich davon überzeugen lassen, daß etwas zur Rettung des heutigen Systems und der Demokratie geschehen muß. Man fügt sich heute in die verhängte Diktatur der Regierung Brüning, da man erkannt hat, daß auf diesem Wege noch am ersten die Möglichkeit besteht, die ins Bankrott geratene Machtstellung der Weimarer Koalition erfolgreich zu verteidigen. Der 14. September hat überdies wie ein kalter Wasserstrahl auf die Sozialdemokratie gewirkt. Sie will beileibe nichts mehr von Neuwahlen hören und lieber feilscht sie mit dem Zentrum herum und steckt auch hin und wieder — mit der Faust in der Tasche — einen kräftigen Schubs ein, als daß sie es auf Auflösung des Reichstags ankommen läßt. Die Sozialdemokratie weiß zu genau, daß seit dem 14. September sich die Reihen sehr stark gelichtet haben (Treppchen hat in diesen Tagen von Festigung der Sozialdemokratie gesprochen. Die Schriftstg.).

Also Herr Brüning will die so in Mißkredit gekommene Demokratie retten und sie in allen Ehren wieder in ihre Rechte einsetzen. Der Reichstag ist gnädigst zur Beratung des Etats für 1931/32 zugelassen, denn Herr Brüning weiß, daß der Reichstag etwas gelernt hat, und das ist zweifellos das Verdienst der tatkräftigen Politik des Reichskanzlers. Herr Brüning kann sich heute auf seine Front, die sich von Herrn Breitscheid über Herrn Dingeldey bis zu den Herren Lambach und Simpfendorfer erstreckt, ziemlich verlassen. Nur Herr Dingeldey wollte noch einmal aus der Reihe tanzen und hat eine schwere Attacke gewagt. Brüning aber blieb Sieger und Herr Dingeldey schloß schleunigst Waffenstillstand.

Die Volkspartei aber hat wieder ein weiteres Minus an Prestige zu verbuchen, da dieser gewohnheitsmäßige Umfall wieder die alte Bankrotttheorie der volksparteilichen Politik klar herausstellt. Wenn schon die Möglichkeiten zu weiteren Einsparungen für den Fall eines weiteren Defizits zugegeben werden, so hätte hier Dingeldey nicht locker lassen dürfen und seinen Standpunkt durchsetzen müssen. Die Einsparung von weiteren 300 Millionen Mark wäre recht wohl am Platze gewesen, da es immer noch genug Löcher gibt, die gestopft werden wollen. Die Opposition aber wird künftig mit Recht darauf hinweisen, daß man bei halben Maßnahmen stehen geblieben ist, und daß deshalb eine fühlbare Erleichterung unserer so arg bedrängten Wirtschaftslage nicht eintreten kann.

Seit wir nun den 14. September erlebt haben, ist eine starke Rechtsopposition in den Reichstag eingezogen. Brüning, der sich dessen sicher ist, daß die Brüningfront gezähmt ist und keine Schwierigkeiten machen wird, sieht, daß von der Rechtsopposition ihm mancherlei Schwierigkeiten bereitet werden können. Kein Wunder, daß man auf einmal die Entdeckung macht, daß die Geschäftsordnung des Reichstages sehr unzulänglich ist. Nachdem man 10 Jahre lang mit dieser Geschäftsordnung ausgekommen ist, will es jetzt nicht mehr gehen. Man wird

weiteres zutrifft, sondern nur auf die nationalis-

weisen natürlichen Anlagen höher oder tiefer als ein anderes. Die bestimmte sittliche Stellung eines Volkes im Ganzen der Menschheit kommt aus ganz anderen Sphären als den natürlichen Anlagen. Nach einem Seitenblick auf die Anschauung, daß schon aus der Tatsache des Menschentums eines Volkes bestimmte moralische Impulse hervorgehen könnten, zeigt Professor Hellpach dann den Einfluß der Religion als der höchsten Sphäre des moralischen Lebens. Die Religion müsse die höchste Stelle beanspruchen, denn sobald sie sich darauf einwirke, wirtschaftliche, juristische, politische Eigenschaften anzuerkennen, gebe sie sich im Kern selber auf.

In bezug auf das Verhältnis der Religion zur Welt nun habe es zwei Möglichkeiten gegeben, nach welchen sich das religiöse Leben entwickeln könne. Einmal in der völligen Abkehr von der Welt und der völligen Hingabe an das Uebernatürliche, dies die mönchische Auffassung der Religion. Zweitens in der kirchlichen Form, welche sich der Welt (hier ist das Wort nicht im innerlichen Sinne gemeint) zu wende. Beide Formen könnten entarten. Die mönchische auf die Welt losgelassen bedeute die pfäffliche Form. Die Kirche, die sich von der Welt zurückzöge oder nur für eine bestimmte soziale Schicht da sein wolle, würde zur Kaste. Hier liege nun die dauernde, niemals rastende Aufgabe der Kirche, aus ihrem religiösen Fonds die sittlichen Maßstäbe für das gesamte Leben des Volkes auf allen Gebieten zu normen und ununterbrochen zu kontrollieren. Eine Aufgabe von ungeheurer Schwierigkeit. Aber auch die größte Schwierigkeit bedeutet niemals Verzicht auf die Aufgabe. Das sei auch schon früher erkannt. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung z. B. hänge mit der Reform, insbesondere mit der Calvinischen Lehre zusammen.

Da, wo man gegen den Einfluß der Religion opponiert bekommt eine Bewegung in sich selbst einen religiösen Charakter. Der Vortragende wendet diesen Gedanken nicht auf den Kommunismus, für den er doch ohne

den Verdacht nicht los, daß man mit der Aenderung einer gewiß durch und durch reformbedürftigen Geschäftsordnung den Versuch einer gewissen Ehrenrettung für den hinfälligen Parlamentarismus machen will. Den Regierungsparteien bietet sich jetzt eine wunderbare Gelegenheit, die Hände in Unschuld zu waschen. „Wir haben doch den Parlamentarismus nie blamiert. Seht doch, wer gegen die vernünftigen Aenderungen der Geschäftsordnung anläuft und es muß Euch doch klar werden, daß nicht wir, sondern diese Leute von Rechts das Ansehen der Demokratie untergraben haben.“

Die politischen Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit nehmen vielfach Formen an, die die Grenzen des politischen Anstandes gewiß überschreiten, und gegen die häßlichen Verleumdungen in Wort und Schrift wird mit Recht eingeschritten. Die Aufhebung der Immunitätsbestimmungen ist aber dennoch sehr schwerwiegend und um der Gerechtigkeit willen muß man doch Bedenken vorbringen. Solange die Sozialdemokraten und ihre Verbündeten durch Verhöhnung, durch Verdrehungskünste erfolgreich die Massen bei der Stange halten konnten, war ihnen der Schutz der Immunität sehr erwünscht. Jetzt aber, wo der Kampf von einer anderen Seite ausgeht, greift man zu den schärfsten Gegenmitteln. Es besteht die Gefahr, daß man schließlich auch die unbequemen Wahrheiten unterdrücken wird. Man kann sich deshalb der Auffassung der Opposition nicht verschließen, daß einige der durch einfache Mehrheit gefassten Entschlüsse verfassungsändernden Charakter tragen.

Herr Brüning aber ist Herr der Lage. Er weiß genau, was man tun muß, um das den Regierungsparteien verlorengegangene Vertrauen wieder aufzufrischen zu lassen. Er weiß, daß es nützlich ist, einzugehen, daß man 12 Jahre lang eine vollkommen verfehlte Politik getrieben hat. Das hört man in den Kreisen gern, die so langsam von Rechts nach der Mitte hingerutscht sind. Darum sagt man auch: „Selbsterkenntnis ist der erste Schritt zur Besserung. Herr Brüning hat — unter uns gesagt — den aufrichtigen Willen, sich vom Marxismus zu lösen. Gutes Ding will aber gute Weile haben und daß die Loslösung nicht so schnell zu bewerkstelligen ist, das hat seine guten Gründe. Es ist besser, man spricht im Interesse der Sache nicht davon.“ — Wir müssen gestehen: der Herr Brüning versteht seine Sache, und es ist kein Wunder, daß so mancher in seinem Reiz zappelt, der eigentlich nicht so recht hineingewollt hat.

Man kann es der Rechtsopposition nicht verdenken, daß sie nun erst recht nach dem beachtenswerten Ausspruch des Reichskanzlers über die bisherige verfehlte Politik nachdrücklich darauf besteht, daß die Parteien, die für die Fehler der Vergangenheit verantwortlich zu machen sind, das Regiment aus der Hand geben und den Parteien die Führung überlassen, die diesen Parteien, nicht erst wie Brüning in den letzten Wochen, sondern seit 12 Jahren immer wieder gesagt haben: „Eure Politik ist eine Politik der Fehler.“

Man hat aber die Rechtsopposition von der Regierung ausgeschlossen. Das Kabinett Brüning hätte nach den Neuwahlen zurücktreten müssen und da die Sozialdemokraten keine Mehrheit für die Regierungsbildung aufbringen konnten, hätte man den äußersten rechten Flügel mit der Regierungsbildung beauftragen müssen. Das hat man nicht getan und darüber hinaus versucht man nun, die Opposition völlig lahmzulegen. Herr Brüning hat einen parlamentarischen Sieg errufen. Was will das heißen? Für ihn gilt es, jetzt den Nachweis zu erbringen, daß er auch mit der Erfüllung des Youngplans sowohl die Wirtschaftsnot als auch die große Arbeitslosigkeit zu beheben vermag. Die Zeit der Krise kommt im Sommer, wenn die städtischen Kassen geleert sind und der Wohlfahrtsrat den Städten über den Kopf gewach-

Christentum und Volkstum.

Wir geben aus dem zweistündigen Vortrag, den der Staatsminister a. D., Prof. Dr. Hellpach, am 5. Februar 1931 in Bielefeld vor einer großen Zuhörerschaft auf Anlaß der Evangelischen Kirchlichen Arbeitsgemeinschaft hielt, einige für unsere heutige Lage wichtigen Gedanken im folgenden wieder.

Professor Hellpach sucht zunächst nachzuweisen, daß die Gliederung der Menschheit in Familien und Völker als eine Ur Tatsache anzusehen sei, der gegenüber die Tatsache der Verschiedenheit der Rassen in ihrer Bedeutung ganz zurückzutreten habe. Es gebe keinen Zeitpunkt in der Entwicklung der Menschheit, in welchem Rassen für sich ganze Lebensgemeinschaften gebildet hätten. Die selben Rassen haben im Gegenteil, wenn sie in Völker gegliedert waren, sich zum Teil leidenschaftlich bekämpft. Andererseits finden sich in ein und demselben Volke Rassenunterschiede. In einem besonders rassenreinen Volke wie Schweden z. B. haben doch nur 70 Prozent den Typus der nordischen Rasse. Mindestens ein Drittel der Bevölkerung zeigt eine Vermischung aus anderen Rassen. Mit dem Wort „Volkstum“ — ein Wort, das von J. V. Jahn stammt — wird das Wesentliche ausgedrückt, welches ein Volk von anderen unterscheidet, und zwar handelt es sich da einmal um körperliche Erscheinungsformen und zweitens um Unterschiede auf dem geistigen Gebiete. Gewiß spielt nach der körperlichen Seite das Rassenmäßige eine Rolle, aber es ist durchaus verkehrt, hier von besser oder schlechter, höher oder niedriger zu sprechen. Behauptet man z. B., daß das Regentum dem tierischen ähnlicher sei als das unsere, so hat man — sozusagen als Ausgleich — die besonders wohlproportionierte Gestalt des Regers mit in Betracht zu ziehen. Ebenso sei die Behauptung, daß feilisch ein Volk höher stünde als ein anderes, nicht aufrecht zu erhalten. Solche niedrigstehenden Völker wie die Pygmäen zeigen außerordentlich sympathische Züge in ihrem seelischen Verhalten. Dasselbe gälte von den Ostasiaten oder auch von den Indianern. Kein Volk steht also nach

fen ist. Die Regierung tut, nüt außerdem nach Hause zu den, als sich lassen.

Rabin
Vor der Vera

Das Reich
abend erneut
mit dem Ges
zu Vorber
Dr. Brüning
nungen. Er
den Dr. R
ler-Abschloß.
mehrerer Fra
spiele bei d
Garantieverb

C

Wie wir
die am Dom
len des Reich
kanzlers Dr.
präsidenten
auch über de
gesetzes, da
eine Einigung

Danach
eingeführt. V
hen die Lan
unterrichtete
verbände wa
da die Vert
verbände all
Die Ges
Freitag an

Gemein
Die Weiterbe

In der
des Preuss
des neuen
nen sollte,
über den G
bestehende,
die einzelnen
schlechte be
nung verfall
viele zu dem
schränken.

Die Deu
tei unterstü
Severing un
ersuchte, Him
Zentrumsant
Die vor
viele, die be
westlichen
Stadtgemein
beihen soll.

Der
herr von Lin
Direktor der
worden.

Christ wünscht
es für unmög
Zum Schl
ander, d. h.,
Prinzip, d
ständigkeit o
Machiavellis
als daß es an
Eigengef
Büge und alle
sem Prinzip
könne neben
selbstigkeit für
Mensch sein.
dann als eine
meint — be
Hellpach schli
scharf zugesp
genommen) g
nationalstaatlich
Antichrist.
als Christen
Christentum
sches Handeln
Zweig ließ er

Der
Erst
Wie
Wenn

Daß von
mal so kraft
stab für all
gehoben wur
nach neben d
die Kraft sein
ches in seiner
uns Fragen
mit dem Kopf
denken, sind

nderung einer
Geschäftsord-
nung für den
f. Den Regie-
rungs Gelegen-
heit haben doch
doch, wer ge-
schäftsordnung
den, daß nicht
Ansehen der
der Deffent-
e Grenzen des
en, und gegen
Schrift wird
der Immuni-
schwerwiegend
n doch Beden-
raten und ihre
rehungsschritte
alten konnten,
ehr erwünscht.
en Seite aus-
mitteln. Es be-
die unbeque-
kann sich des-
t verschließen,
gefaßten Ent-
ragen.
Er weiß ge-
erungsparteien
stehen zu la-
ehen, daß man
die Politik ge-
n gern, die so
geruchst sind.
is ist der erste
— unter uns
n Marxismus
ile haben und
erkstelligen ist,
r, man spricht
— Wir müssen
Sach), und es
n Neg zappelt,
at.
t werden, den
swerten Aus-
erige verfehle
die Parteien,
antwortlich zu
geben und den
esen Parteien,
ochen, sondern
„Eure Politik
der Regierung
ätte nach den
e Sozialdemo-
iebildung auf-
rechten Flügel
müssen. Das
verfucht man
Herr Brüning
en. Was will
achweis zu er-
es Youngplans
große Arbeits-
Krise kommt
eleert sind und
Kopf gewach-

fen ist. Die Rechtsopposition will mit dem, was die Re-
gierung tut, nichts mehr zu tun haben. Die Regierung
tut außerdem doch was sie will und besser ist es, freiwillig
nach Hause zu gehen und seine Zeit nützlicher zu verwen-
den, als sich von Herrn Brüning in die Ferien schicken zu
lassen. Th.

Rabiettsrat über Osthilfe.

Vor der Verabschiedung des Entwurfs. — Unterredung
Brüning mit Braun.

— Berlin, 14. Februar.

Das Reichskabinett wird sich am heutigen Sonn-
abend erneut, und wie man annimmt abschließend,
mit dem Gesetzentwurf über die Osthilfe beschäftigen.
In Vorbereitung dieser Sitzung hatte Reichskanzler
Dr. Brüning am Freitag eine Anzahl von Bespre-
chungen. Er empfing den preußi- Ministerpräsi-
dent Dr. Braun und den Finanz- Minister Dr. Höp-
fer-Schöff. Ferner hatte der Kanzler mit Vertretern
mehrerer Fraktionen Unterredungen. Wie man hört,
spielte bei diesen Besprechungen auch die Frage der
Garantieverbände eine Rolle.

Einigung über Osthilfe.

Zwischen Reich und Preußen.

— Berlin, 14. Februar.

Wie wir erfahren, ist es bei den Verhandlungen,
die am Donnerstag zwischen den zuständigen Be-
zügen des Reichs und Preußens im Beisein des Reichs-
kanzlers Dr. Brüning und des preußischen Minister-
präsidenten Braun stattgefunden haben, gelungen,
auch über den letzten strittigen Punkt des Osthilfe-
gesetzes, die Frage der Haftpflichtverbände,
eine Einigung herbeizuführen.

Danach werden die Haftpflichtverbände fakultativ
eingeführt. Ueber die Bildung der Verbände beschlie-
ßen die Landwirtschaftskammern. Nach Auffassung
unterrichteter Kreise bedeutet das, daß die Haftpflicht-
verbände wahrscheinlich überall eingeführt werden,
da die Vertreter der Landwirtschaft die Haftpflicht-
verbände allgemein gefordert haben.

Die Gesetzentwürfe über die Osthilfe werden am
Freitag an das Reichskabinett kommen.

Gemeindeausschuß aufgeflogen.

Die Weiterberatung des Selbstverwaltungsgesetzes für
Berlin eingestellt.

In der neuen Sitzung des Gemeindeausschusses
des Preussischen Landtags, in der die Einzelberatung
des neuen Berliner Selbstverwaltungsgesetzes begin-
nen sollte, beantragte das Zentrum, die Beratung
über den Gesetzentwurf abzubrechen, da die Gefahr
bestünde, daß nach wochenlangen Verhandlungen über
die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs das Gesetz
schließlich bei der Schlussabstimmung doch der Ableh-
nung verfallen. Deshalb solle man sich auf eine No-
velle zu dem bisherigen Gesetz vom Jahre 1920 be-
schränken.

Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspar-
tei unterstützten den Antrag. Obwohl Innenminister
Eversing um die Weiterberatung des Gesetzentwurfs
ersuchte, stimmte der Ausschuß in der Abstimmung dem
Zentrumsantrag zu.

Die von der Zentrumsfraktion beantragte No-
velle, die bereits im Wortlaut vorliegt, bedeutet im
wesentlichen eine Verstärkung der Zuständigkeiten des
Stadtgemeinde-Ausschusses, der künftig Hauptausschuß
beihen soll.

— Der vorkonservative Reichstagsabgeordnete Frei-
herr von Vindeyer-Wildau ist dem Vernehmen nach zum
Direktor der Preussischen Domänenpächterbank ernannt
worden.

Christ wünschen, den Krieg herbeizuführen, selbst wenn er
es für unmöglich halte, ihm auszuweichen.

Zum Schluß setzte er sich mit Machiavelli ausein-
ander, d. h., nicht mit seiner Person, sondern mit dem
Prinzip, das noch heute mit der gleichen Selbstver-
ständlichkeit als allein berechtigt behauptet wird, wie zu
Machiavellis Zeit. Dies Prinzip besagt nichts anderes,
als daß es auf dem Gebiete des politischen Lebens eine
Eigengesetzlichkeit gebe, nach welcher Mord,
Diebe und alles Böse erlaubt sei. Das Furchtbare an die-
sem Prinzip ist dies, daß Machiavelli behauptet, man
könne neben der Betonung dieser abscheulichen Eigenge-
setzlichkeit für sich selbst ein höchst moralischer, christlicher
Mensch sein. Diese persönliche Stellung empfindet man
dann als eine Art Sicherung gegenüber der — wie man
meint — berechtigten Unmoral im öffentlichen Leben.
Hellpach schließt diese Erörterung durch den mit Recht
scharf zugesprochenen Satz: „Mit Machiavelli (als Unbegriff
genommen) gibt es keinen christlichen Pakt: er ist auf na-
tionalstaatlichem Boden der eigentliche immerwährende
Antichrist.“ Damit ist zugleich gesagt, daß wir gerade
als Christen politisch sein müssen, und ebenso, daß das
Christentum der höchste Maßstab auch für unser politi-
sches Handeln bleibt. In einem feinen Wort von Arnold
Zweig ließ er seinen Vortrag ausklingen:

„Der Mann empfängt sein letztes Leben
Erst dort, wo er mit seinem Volke fühlt;
Wie eine Frau erst dann,
Wenn sie mit ihrem Kinde fühlt...“

Daß von einem Manne des öffentlichen Lebens ein-
mal so kraftvoll das Christentum als der höchste Maß-
stab für all unser Denken, Fühlen und Wollen hervor-
gehoben wurde, hat gewiß viele erfreut. Wie weit Hell-
pach neben der moralischen Zielsetzung des Christentums
die Kraft seiner Heilsbedeutung sieht, bleibt, wie man-
ches in seinem Vortrag, eine Frage. Aber auch dem, der
uns Fragen gibt, die uns munter machen, sie nicht nur
mit dem Kopf, sondern mit Herz und Gewissen durchzu-
denken, sind wir dank schuldig. W-m.

Reichswehr und NSDAP.

Dementi des Reichswehrministeriums. — Der Brief an
Hitler. — Keine Beziehungen zwischen Heer und Natio-
nalsozialisten.

— Berlin, 14. Februar.

Ein Berliner Mittagsblatt erklärte in einer Mel-
dung über die Hausdurchsuchungen bei Berliner National-
sozialisten, im Verlaufe dieser Hausdurchsuchungen sei auch
Material beschlagnahmt worden, aus dem sich die
Existenz einer Verbindung zwischen dem Reichswehr-
ministerium und der Nationalsozialistischen Partei er-
geben habe.

Die dazu vom Reichswehrministerium mitgeteilte
Wiedergabe dieser Behauptung ist unrichtig. Zutreffend sei
lediglich, daß bei den Hausdurchsuchungen ein vom No-
vember 1930 datierter Brief des im Reichswehrmini-
sterium seit 1927 als wissenschaftlichen Mitarbeiters
beschäftigten Korvettenkapitäns a. D. Voellig gefun-
den worden ist, in dem Kapitän Voellig unter Hinweis
darauf, daß er seit 1928 nationalsozialistisch gewählt
habe, um eine Anstellung in der nationalsozialistischen
Organisation gebeten habe. Kapitän Voellig habe aber
ausdrücklich betont, daß er bisher nicht der Partei an-
gehört habe und seinen Beitritt auch erst nach dem
Ausscheiden aus dem Reichswehrministerium — Kor-
vettenkapitän Voellig hatte im Zusammenhang mit den
Abbaumassnahmen zum 1. April 1931 seine Kündigung
erhalten — vollziehen könne.

Nach Ansicht des Reichswehrministeriums kann
dem Korvettenkapitän somit ein Vorwurf nicht ge-
macht werden, insbesondere liege nicht der geringste
Anlaß dafür vor, daß Voellig den Nationalsozialisten
etwa von Geheimbefehlen Mitteilung gemacht habe.
Der Brief soll von Hitler unter Ablehnung einer
Einstellung dem Hauptmann Stennes zur weiteren Ver-
anlassung zugefandt worden sein.

Vom Berliner Polizeipräsidium wird die Dar-
stellung des Reichswehrministeriums bestätigt und hinzuge-
fügt, daß bei den polizeilichen Erhebungen vor-
gefundenen Material gebe keinen Anhalt dafür, daß in
irgendeinem der Ministerien Verdräusungen der Na-
tionalsozialistischen Partei fänden, die mit der Partei
zusammenarbeiten.

Wirtschaftspolitische Debatte.

Fortgang der Staatsberatung im Reichstag.

— Berlin, den 13. Februar 1931.

Der Reichstag setzte am Freitag, nachdem er zuvor
die neu eingegangenen Anträge auf Straßerfolgung
von Abgeordneten dem Geschäftsausschuß
überwiesen hatte, die Beratung des Haushalts des
Reichswirtschaftsministeriums fort.

Hg. Albrecht-Hannover (D. Vp.) stimmte dem Etat zu
mit der Begründung, der Haushaltsentwurf trage dem
Grundgedanken der Sparpolitik Rechnung. Die ungeheure Ar-
beitslosigkeit sei das soziale und wirtschaftliche Problem
der Gegenwart schlechthin. Politische Gründe trügen wesent-
lich zur Arbeitslosigkeit bei. Es müsse zu einer Erschlän-
gung des Marktes führen, wenn die zweitstärkste und die
drittstärkste Partei des Reichstags offen den Umsturz der
gegenwärtigen Wirtschaftsform fordern. Für die Landwirt-
schaft habe kein Volk so viel geopfert, wie das deutsche,
und seine Regierung so viel getan, wie die jetzige. Mit der
offiziellen Preisfestsetzung müsse Schluß gemacht werden.

Hg. Frhr. v. Thüning (Landvolk) betonte, angeht
der Preisbildung zwischen Agrar- und Industrieerzeugnissen
dürfe die Preisfestsetzung nicht auf die landwirtschaft-
lichen Produkte ausgedehnt werden. In den Dörfern und
kleinen Landstädten sollten Ausnahmen vom Sonntags-
ladenschluß zugelassen werden. Das Interesse für die Lan-
dwirtschaft, so äußerte der Redner noch, habe in allen Kreisen
Deutschlands stärker zugenommen als das Verständnis für
die Landwirtschaft. Die Millionen-Subventionen hätten
zwar erreicht, daß es der Landwirtschaft nicht noch schlechter
gehe, aber sie hätten nicht erreicht, daß es ihr besser gehe.
Die Modernisierung der Landwirtschaft sei nur ein Symptom
für ihren Lebenskampf.

Hg. Mumm (Christl.-Soz. Volksd.) begründete einen
Gesetzentwurf, der im Interesse des Siegerländer Erzberg-
baues eine Hinzunahme deutschen Erzes bei der Stahl-
und Eisenerzeugung verlangt.

Hg. Bauer (Landvolk) fordert eine verstärkte Unter-
stützung des Flachsbau und der Glasindustrie.

Hg. Genk (Staatsp.) wendet sich gegen das Vorgehen
des Reichsbahns, die der Expeditionsfirma Schenker ein
Monopol zum Schaden des freien Gewerbes verschafft hat.
Damit war die Aussprache beendet.

Der Etat des Reichswirtschaftsministeriums und des
Reichswirtschaftsrates wird in zweiter Beratung
bewilligt.

Angenommen wird der Antrag Rausch (Bayer. Vp.) auf
gleichmäßige Verteilung der Reichsaufträge auf
alle Länder. Zur Frage der

Verstärkung der Kartellverordnung

wird unter Ablehnung der übrigen Anträge die vom Hg.
Rausch begründete Entschließung des Christlichsozialen
Volksdienstes angenommen. Der Antrag Mumm auf Erz-
zuzunahme geht an den Ausschuß.

Richtig zubereitet (drei
Minuten gekocht) schmeckt
der Kathreiner
„soo gut, als ob er wunder-
wie teuer wäre!“

Und dabei kostet das
Pfundpaket nur 50 Pfg!

Reichsanstalt gegen Subvention.

Ein Beschluß des Vorstandes der Arbeitslosen-
versicherung.

Der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsver-
mittlung und Arbeitslosenversicherung hat sich aus-
drücklich gegen die Subvention privater Unter-
nehmungen ausgesprochen, die die Reichsanstalt be-
schäftigt.

Hierbei ist der Vorstand zu einer einstimmigen Ab-
scheidung aller Forderungen und Pläne gekommen, die
eine direkte oder indirekte Unterstützung privater Be-
triebe aus Mitteln der Reichsanstalt zum Ziele haben.

Die Durchführung solcher Pläne würde — ins-
besondere unter der überaus angespannten Finanz-
lage der Reichsanstalt die Grenzen der finanziellen
Leistungsfähigkeit der Reichsanstalt bei weitem über-
steigen, vor allem aber einen grundsätzlichen höchst be-
denklichen Eingriff in die wirtschaftliche Konkurrenz-
grundlage bedeuten. Der Vorstand wird sich daher
im Rahmen der ihm obliegenden Verantwortung für
die Mittel der Reichsanstalt auch in Zukunft gegen-
über derartigen Anträgen ablehnend verhalten müssen.

50 000 Umschulungsanträge.

Nach einer Mitteilung, die Reichsminister Tre-
viranus dem Hauptausschuß des Reichstags machte,
sind in den fünf Oststellen bisher 50 000 Umschul-
ungsanträge eingegangen. Von diesen Anträgen sind
bisher mit eingehendem Material belegt und durchge-
prüft etwa je 600 in Königsberg und Adslin, 361 in
Schneidemühl, 766 in Breslau und 226 in Oppeln.
Für beschleunigte Bearbeitung ist den Landräten die
Entscheidung über Umschulungsanträge für Klein-
betriebe bis zu einem Mindestbetrag von 5000 Mark
Umschulungsdarlehen übertragen worden. Zur Durch-
führung des gegenwärtig der Reichsregierung zur Ver-
fügung stehenden neuen Osthilfegesetzes werden
nicht ein Pfennig mehr angefordert werden, als gegen-
wärtig im Etat steht.

Gegen 9 Uhr vertagt sich das Haus auf Sonnabend
10 Uhr. Auf der Tagesordnung steht u. a. die zweite Be-
ratung des Justizetats in Verbindung mit der
dritten Beratung der vom Hg. Dr. Well (Str.) und den
Mehrheitsparteien eingebrachten Novelle zum Preß-
gesetz.

Das gärende Indien.

Neue blutige Zusammenstöße.

— Berlin, 14. Februar. Infolge der Ermordung
eines Verkäufers ausländischer Stoffe kam es, nach einer
Meldung Berliner Blätter aus Benares, zu Krawallen
zwischen Mohammedanern und Hindus, bei denen zwei
Personen getötet und etwa 80 verletzt wurden. In Jam-
bhar wurden Steuerbeamte von etwa 40 Anhängern der
Steuerverweigerungskampagne überfallen. Ein Beamter
wurde getötet, zwei wurden schwer verletzt.

Schweres Erdrutschunglück

in Las Palmas.

— Madrid, 13. Februar. In Las Palmas, der Haupt-
stadt der Kanarischen Inseln, wurden durch einen Erd-
rutsch drei Häuser und mehrere Hütten verschüttet. Bis-
her konnten drei Tote und sechs Schwerverletzte gebor-
gen werden. Weitere Opfer dürften noch unter den
Trümmern liegen.

Legte Meldungen.

Annahme des Schiedsspruches im obereschlesischen Erz-
bergbau.

— Gleiwitz, 14. Februar. Arbeitgeberverband und
Arbeitgeberorganisationen haben den Lohnschiedsspruch
im obereschlesischen Erzbergbau, Ermäßigung der Löhne
um 5 Prozent, angenommen. Der Arbeitskampf ist
damit beendet. Die Wiederaufnahme der Arbeit dürfte
Anfang nächster Woche erfolgen.

Ergebnislose Verhandlungen in Duisburg.

— Duisburg-Hamborn, 14. Februar. Im Direk-
tionsgebäude der Vereinigten Stahlwerke zu Duisburg
Meiderich fanden Besprechungen über die Stilllegung
der Hütte Ruhrort-Meiderich statt. Die Verhandlung-
en mußten ergebnislos abgebrochen werden. Die
Schließung des Werkes erfolgt wahrscheinlich schon am
21. Februar.

Wieder Arbeitsfriede in der englischen Textilindustrie.

— London, 14. Februar. Die in Manchester abge-
haltene Konferenz hat die Beendigung der Ausper-
rung in der Textilindustrie von Lancashire beschlossen,
so daß 300 000 Weber am Montag die Arbeit wieder
aufnehmen werden. Die Kündigungen wurden zurück-
genommen.

Bethel.

— Frauenhilfe: Mittwoch, den 18. Februar, 3½ Uhr
nachmittags im Jungfrauenaal des Altpreussens.

J. B. C. Brandt.

— Taschentücher mit Leder-Clui von einem Kranken
verloren. Da Andenken, bitte abzugeben im Dankort.

Schriftleitung: W. Kraus, Wirtschafts- und Weltpolitik; Dr.
E. Guttel, Anzeigen; R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften
für die Schriftleitung: Bielefeld, Schlegelstr. 28. Für Geld-
sendungen Postcheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts“. Christ-
liches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt
Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Bedeutender Preisabbau

auf Hausuhren, Tisch-
Wand- u. Weckuhren

H. Breder · Uhrmacher
Fernruf 1012 Bielefeld Gütersloher Str. 14

Töchterheim

des Diakonissenhauses Kassel

staatlich anerkannte Haushaltungsschule, Landgraf Karlstr. 23, bietet jungen Töchtern Gelegenheit, sich zu tüchtigen Frauen und Müttern auszubilden. Näheres Prospekt.

Leibstüßbinden

erhöhen das Wohlbefinden

Fachmännische Beratung und Bedienung

Reformhaus zur Gesundheit
Bahnhofstr. 2 Ecke Zahnplatz

Unser Weißwaren-Sonderverkauf
hat begonnen.

Ophir

Vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel.

Haushaltungsschule 'Marthahaus'

des Diakonissenhauses Elisabethenstift, Darmstadt

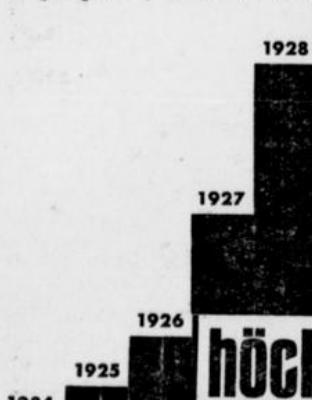
Ausbildung in allen Zweigen des Haushaltes.
Christliche Erziehung und Unterricht. Eintritt 1. April oder 1. Mai. Jahres- und Halbjahreskurse. Alter 14—22 Jahre.
Anfragen an die Leitung des Marthahauses, Stiftsstraße 14.

Die Bank u. Sparkasse
des evang. Deutschland

Evangelische Zentralbank

Berlin W62, Kurfürstenstraße 86 dp. :: E. G. m. b. H. seit 1892

Spareinlagen und Depositen
1924—1929 (graph. dargestellt)
Zugang ü. 6,5 Millionen RM



für Spareinlagen

höchste Verzinsung

Verlangen Sie Prospekte

BETTFEDERN

10% RABATT auf alle Preise.
1 Pfd. graue — 80 und 1.—, halbw. 1.50, graue Halbw. 2.50 u. 3.—, weiß Flaumrumpf 3.80, 4.50, Spezialit. 5.—, weiß handgefeilt 3.50, 4.50, daunenw. 5.50 u. 6.50, weißer Flaum 8.— und 10.—, Mt. Oberbetten 16.—, 23.50, 26.—, 31.—, Rissen 4.50, 6.50, 8.50, 11.50, Unterbetten 17.—, 19.—, 21.50, 29.—, Muster und Preisliste umsonst.
Von 9 Pfd. an frant. geg. Nachnah. Umtausch gestattet oder Geld zurück.
Josef Christl Nachf., Cham 315 (D. Wald)

Knoblauchzwiebelkraft

Ist ein hochwertiges Naturmittel und besitzt die Eigenschaft den erhöhten Blutdruck herabzusetzen, daher äußerst wirksam gegen Arterienverfälschung und Hämorrhoiden, gut gegen Magen- und Darmstörungen, Nieren-, Blasen-, Gallen- und Leberbeschwerden, Würmer, bei Zucker, Gicht, Rheumatismus und Asthma sehr zu empfehlen. Schon vor 3000 Jahren gebrauchten die orient. Völker den Knoblauchkraft gegen viele Krankheiten und sollte dieses hochwertige Naturmittel deshalb in keiner Familie fehlen. **Preis pro Flasche** für ca. 4 Wochen reichend **Mk. 3.50**. Bei geschlossener Bestellung von 5 Flaschen, liefere ich die 6. Flasche gratis franco Nachnahme.

Otto Kadas, Bad Deynhausen 4.

Möbel, Wohnungseinrichtungen

in guter Handwerksarbeit und geschmackvoller Form, Ihren Wünschen angepaßt, erhalten Sie zu billigsten Preisen durch **OSKAR KRAUSE, BIELEFELD**
Telefon 2090 Goldstraße 21
bitten Sie durch Postkarte um unverbindliche Besprechung und Angebote.

Für Haushalt auf dem Lande (Westdeutschl.) wird zuverlässige, tüchtige, gebildete

Wirtschafterin

ge sucht. Mädchen vorh. Angebote mit Lebenslauf und Bild unter A 1088 an die Geschäftsst. d. Bl.

Suche zum 15. März od. 1. April

Stellung

im Haushalt mit Familienanahl., wenn möglich bei kleinen Kindern. Angebote an **Marianne Speth, Everdisen bei Herford**.

Alteinst. Fräulein (47 Jahre), bisher in der Küche einer Pflege- und Erziehungsanstalt tätig gewesen, sucht weiteren

Wirkungstreis

auf diesem Gebiet oder auch die Führung eines Haushalts im christl. Hause. Gefällige Angebote sind zu richten an die Geschäftsstelle d. Bl. unter A 1156.

Locarno-Monti

Südschweiz.

Christl. Erholungsheim Tabor.

An der neuen Straße Locarno-Monti Br. idyllisch, ruhiges, sonniges Heim in klimatisch vorzüglicher Höhenlage, bietet Ihnen Erholung an Leib und Seele und zugleich beste Gelegenheit, die Schönheiten des Südens kennen zu lernen. Hausandachten. Auf Wunsch Diätküche. Eig. Auto; Prospekt; bescheidene Preise; das ganze Jahr offen.

W. Keller, Prediger.

Apfelsinen

direkt ab Hafen, garant. gesund in Originalkisten 504 Stk., klein Mt. 17.—; 365 mittel Mt. 17.—; 300 groß Mt. 19.—; 240 ganz groß Mt. 20.— einschl. Verpack. gegen Nachnahme. Preisliste frei. Erich Straube, Fruchtimport, Bremen E, Postfach 767.

Suche zum 1. oder 15. April für meine 17jähr. Tochter, kinderl., Untersekunda, Stellung als

Haustochter

in christlichem Hause bei engstem Fam.-anschl., schlicht um schlicht. Gefl. Angebote erbittet **Oberbahnmeister Hadler, Kretzen (Harz)**.

Stelle

als Kochlehrling in christl. Hause, wo Mädchen vorhanden. Angebote unter A 1157 an die Geschäftsstelle des „Aufwärts“.

Wissenschaftl. Töchterheim

„**Tannenbergs**“
Bad Sachsa (Südharz)
(vorm. A. Potthoff)

stellt z. 15. April 4—6 Haustöchter ein aus gebildeten Familien zur Erlernung des Haushalts, Handarbeiten, gesellschaftl. und wissenschaftl. Fortbildung, Sport. Beste Pflege. — Zuzahlung von monatl. RM. 80.— Ausfuhr durch:

Fr. Dr. Schnabel, Bad Sachsa, Osterstraße 1—5.

Pianos

Harmoniums

erstklassige und solide Fabrikate.

Mäßige Preise! Bequeme Teilzahlung

Bielefelder Piano- u. Harmonium-Wkg.

Otto Stierstadt

Bielefeld, Arndtstraße 11.

Oegr. 1905. Tel. 3787

ab 1. April ds. J. Ellerstr. 12.

Eisen- u. Holz-Betten

Schlafm. Stahlmtr. Kinderb., Polster, Chaisel, an jeden. Teilz. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Herzliche Einladung

zur 12. Bänder Konferenz

zur Weckung und Vertiefung des Glaubenslebens

vom Dienstag, den 3. März bis

Donnerstag, den 5. März 1931

vormittags und nachmittags im Stadtpark, abends in der neuen Kirche zu Bünde i. W.

*

Thema der Konferenz:

Die entscheidungsschwere Zeit der Gegenwart, eine Scheidung der Geister.

1. Für oder wider Gottes Wort.
2. Für oder wider Gottes Ordnungen.
3. Für oder wider Gottes Sohn.
4. Für oder wider Gottes Reich.

Tagesordnung:

Dienstag, den 3. März

abends 8 Uhr: Eröffnung der Konferenz durch einen Gottesdienst in der neuen Kirche: Pastor Erdmann, Kirchlengern.

Mittwoch, den 4. März

9 Uhr: Morgenandacht mit Gebetsgemeinschaft. Geleitet von Evangelist Wolf, Bethel

morgens 10—12 Uhr: 1. Vortrag mit anschließender Besprechung: Pastor Voigt, Bethel

nachmittags 3—5 Uhr: 2. Vortrag mit anschließender Besprechung: Generalsuperintendent Weirich, Münster

abends 8 Uhr: Evangelisation in der neuen Kirche: Pastor Bonhof, Bielefeld. Thema: **Gottes Volk im Geisteskampf der Gegenwart.**

Donnerstag, den 5. März

9 Uhr: Morgenandacht mit Gebetsgemeinschaft. Geleitet von Evangelist Wolf, Bethel

morgens 10—12 Uhr: 3. Vortrag: Missionsinspektor Henrichs, Barmen

nachmittags 2—4 Uhr: 4. Vortrag: Pastor Herkenrath, Barmen

abends 5 Uhr: Feier des Heiligen Abendmahles in der neuen Kirche: Pastor Heim

abends 8 Uhr: Missionsversammlung in der neuen Kirche: Missionsinspektor Henrichs, Barmen.

Freitag, den 6. März

morgens 9 Uhr: Bräutertag im Gemeindehaus zu Bünde. Thema: **Der Geisteskampf im Missionsgebiete.** Referent: Schwester Martha Blattmann aus dem Schwesternheim der Rheinischen Mission.

Hierzu sind alle Pfarrer und die Mitglieder der Kirchenvertretungen, der engere und erweiterte Vorstand der Konferenz sowie alle leitenden und dienenden Brüder, auch Frauen, herzlich willkommen.

Änderungen bleiben vorbehalten!

Die Konferenzleitung.

Auf den Bücherverkauf wird besonders hingewiesen!

Bonig

garant. rein. Bienen-Büten-Schleuder, feinste Qualität, hell, goldglänzend, 20 Pfund Inhalt Mt. 11.—, 4 Pfund Inhalt Mt. 6.50 frei Haus unter Nachnahme. Garantie Zurücknahme.

Feindt & Söhne, Bonigroßhandlung und Großmistei, Bielefeld 340.

Bekannt, reell und billig!

Neue Gänsefedern

von der Gans gerupft, mit Daunen, doppelt gewaschen und gereinigt, beste Qualität

4 Pfd. Mk. 3.—, Halbdunen Mk. 4.50, Daunen Mk. 6.25

in Volldunen 9.—, 10.—, Gerissene Federn mit Daunen, gereinigt 3.40 und 4.75, sehr zart und weich 5.75, 1a 7.— Versand per Nachnahme, ab 5 Pfd. portofrei.

Garantie für reelle, staubfreie Ware. Nehme Nichtgefallendes zurück.

Frau A. Wodrich, Gänsemarkt, Neutrebber (Oderbruch)

Billige, garant. gesunde

Apfelsinen

direkt vom Importhafen, saftig und süß. 360 Stk. mittel Mk. 19.—, 300 Stk. groß Mk. 20.—, 240 Stk. extra groß Mk. 21.—, 1/2 Kiste 120 Stk. Mk. 6.75, 100 Stk. Mk. 7.25, 80 Stk. Mk. 7.50 incl. Verpack. ab Bahn. Bremen; Nachn. od. Voreinsendg. Postscheck Hamburg 87 425. A. C. Hein, Südfrüchte engros, Bremen A 50, Meyerstraße 68.

Alles frische Ware, Fäbchen ca. 50

Salz - Fettheringe

Dauerware, fast tafelfertig, Dose ca. 25 Gabelrollm., Dose mit Krabben, Seeaal, Bratfisch, Delikatesser. Dose Oelsard., alles zus. 4.95 Mk. Frankozusendung 1.— Mk. extra. **Matjes Napp, Altona 337.**



Inhalt 6 Eimer Wasser,
deshalb 2 Pakete Persil!
(oder 1 Doppelpaket)

**Alles muß sein Maß haben
— auch der Waschkessel!**

Nur eine Waschlauge, die richtig bereit ist, ergibt eine Wäsche, wie sie sein soll: duftig, frisch und blütenweiß! Nehmen Sie auf je 3 Eimer Wasser, die Ihr Waschkessel enthält, 1 Paket Persil! Das

ist das richtige Verhältnis, und so haben Sie jede Sicherheit, ein vorzügliches Waschergebnis zu erzielen. Die Persillauge wird kalt bereit und die Wäsche nur einmal kurze Zeit gekocht.

Persil bleibt Persil

Zum Einweichen der Wäsche, zum Weichmachen des Wassers: HENKO, Hanks Wasch- und Bleich-Soda.